



19/2019

ANDREAS LÄMMELS BERLINER RUNDSCHAU

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Sitzungswoche des Jahres liegt hinter uns. Auch wenn das Wetter eher an den Frühlingsanfang erinnert, so nähern wir uns in großen Schritten dem Weihnachtsfest. In einer Gesellschaft, in der es allzu oft darum geht, immer lauter zu sein, immer mehr zu wollen und in der jeder auf seine Interessen pocht, ist es an der Zeit inne zu halten, sich bewusst umzuschauen und sich der Weihnachtsbotschaft zu erinnern.

2019 war ein gutes Jahr für die Menschen in Deutschland: Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie nie und seit mehreren Jahren steigen die Renten stetig an. Es gab viele Verbesserungen im Bereich der Pflege und eine deutliche Entlastung junger Familien. Die Regierungskoalition kann ohne Frage eine positive Halbzeitbilanz ziehen. Viele Projekte wurden in die Tat umgesetzt, auch wenn die Medien kaum über die Erfolge berichten. Schlechte Nachrichten verkaufen sich eben besser. Nach Auslandsreisen wird mir immer wieder klar, ein Großteil der Menschheit auf unserem Planeten hätte gern unsere Probleme. Geht es doch in vielen Ländern bei den Menschen um die Sicherung der Existenz, um die Sicherung des täglichen Brotes. In diesem Zusammenhang kann man manche politische Forderung in unserem Land nur als maßlos bezeichnen.

Tatsächlich tragen wir Verantwortung für Deutschland und seine Menschen. Es lohnt sich, einen kühlen Kopf zu bewahren und für die wichtigen Sachen zu kämpfen. Das gilt vor allem beim Thema Klima. Wir brauchen keine Klimahysterie und übereilte Kurzschlussaktionen. Der geplante Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohleverstromung wird uns noch vor große Herausforderungen stellen. Der nun ausgerufene "Green Deal" gehört aus meiner Sicht in die Reihe von immer neuen aktionistischen Vorschlägen. Es kann nicht sein, dass wir Ziele, die wir noch gar nicht erreicht haben, im Halbjahrestakt immer wieder und immer weiter verschärfen.

Das soll nicht heißen, dass wir bestehende Probleme ignorieren oder kleinreden. Sicherlich stehen wir vor großen Herausforderungen, sowohl bei uns in Deutschland als auch global. Doch wir sollten uns auch ab und an vor Augen führen, was wir alles Positives erreicht haben, welcher Wohlstand bei uns herrscht und wir sollten uns mehr über Gelungenes freuen. Denn Weihnachten ist im Kern ein Fest der Freude und des Optimismus. Mehr lächelnde und sich freuende Menschen in Deutschland, das wäre mein Wunsch für das kommende Jahr.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie ein friedliches Weihnachtsfest, besinnliche Feiertage und alles Gute für das Jahr 2020.

Ihr

Andreas Lämmels

DIE WOCHEN IM PARLAMENT

Gesetz zur Verlängerung und Verbesserung der Regelungen über die zulässige Miethöhe bei Mietbeginn. Wir diskutierten eine Verlängerung der Mietpreisbremse für die Dauer von fünf Jahren in erster Lesung. Dazu soll es den Ländern erneut ermöglicht werden, ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt durch Rechtsverordnung für höchstens fünf Jahre zu bestimmen. Spätestens mit Ablauf des 31. Dezember 2025 sollen alle Rechtsverordnungen außer Kraft treten. Außerdem soll der Anspruch des Mieters gegen den Vermieter auf Rückzahlung bei zu viel gezahlter Miete wegen Überschreitens der zulässigen Miete bei Mietbeginn erweitert werden.

Gesetz über die Verteilung der Maklerkosten bei der Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser. Wir greifen das Problem hoher Erwerbsnebenkosten bei der Bildung von Wohneigentum auf. Vielfach bleibt Käufern etwa nichts anderes übrig, als die volle Maklerprovision von bis zu 7,14 Prozent des Kaufpreises zusätzlich zu diesem alleine zu tragen. Um dieses Spannungsverhältnis zu entschärfen, schlagen wir einige Änderungen der Rechtslage vor. So sollen etwa Maklerverträge nur wirksam werden, wenn sie in Textform gefasst sind. Ziel der Unionsfraktion ist darüber hinaus, dass Maklerkosten bei geteilter Übernahme in der Regel zur Hälfte getragen und bei alleiniger Beauftragung eines Maklers nicht zu mehr als 50 Prozent weitergegeben werden.

Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich (Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz). Um Vorhaben zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur schneller umsetzen zu können, hat der Bundestag über die Zulassung dieser Maßnahmen durch ein Gesetz statt durch einen Verwaltungsakt beraten. Damit beschleunigen wir einige Vorhaben und sorgen dafür, dass das vorhandene Geld für Investitionen auch tatsächlich in neue und bessere Infrastruktur umgesetzt wird.

Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. Planungsverfahren für Ersatzneubauten sollen verschlankt werden. Zu diesem Ziel diskutierten wir



© Deutscher Bundestag / Thomas Trutschel/photothek.net

die notwendigen Schritte. So soll in den Fachplanungsgesetzen der Begriff der Änderung eingegrenzt werden, um so im Ergebnis bestimmte Ersatzneubauten von einer Genehmigungspflicht zu befreien. Darüber hinaus wollen wir die Kommunen von Finanzierungsbeiträgen nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz entlasten. Die neue Regelung soll auf diese Weise Investitionen in das Schienennetz beschleunigen, damit im Ergebnis Kreuzungsbauwerke schneller realisiert werden.

Unser Wald braucht Hilfe – Waldumbau vorantreiben. Mit einem Antrag hat die Unionsfraktion die Anstrengungen der Regierung unterstrichen, den Wald in Deutschland bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Wir fordern Bund und Länder auf, gemeinsam finanzielle Maßnahmen zu prüfen, die für den notwendigen Waldumbau sowie zur Folgenbewältigung von Extremwetterereignissen eingesetzt werden können. Darüber hinaus sollen die forstwissenschaftliche Forschung ausgebaut und das Bauen mit Holz sowie die Holzlogistik unterstützt werden.

Kurzzeitpflege stärken und eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung sicherstellen. Vor dem Hintergrund, dass der Ausbau von Kurzzeitpflegekräften stagniert, diskutierten der Bundestag Wege zur Sicherstellung von Angeboten verlässlicher Kurzzeitpflege. In diesem Zusammenhang soll der Sicherstellungsauftrag so spezifiziert werden, dass Länder, Kommunen und Pflegeeinrichtungen wie -kassen dem gesetzlichen Auftrag zum Ausbau der Versorgungsstruktur nachkommen und vor allem die Pflegeinfrastruktur ausbauen.

5G

Die neueste Generation des Mobilfunks 5G steht als **Schlüsseltechnologie zur Realisierung der digitalen Transformation** im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung. Denn die Digitalisierung schreitet so rasch voran, dass Wirtschaft und Gesellschaft schon bald vollständig von Informationstechnologien durchdrungen sein werden. Mit 5G soll das mobile Internet noch schneller werden.



Die fünfte Mobilfunkgeneration ermöglicht Datenübertragung **quasi in Echtzeit**. Die Geschwindigkeit soll mindestens 100 Mal schneller sein als beim aktuellen 4G-Standard. Zudem können in einer 5G-Funkzelle viel mehr Geräte bedient werden als bei den älteren Standards. Smartphone-Nutzern bringt 5G überall dort Vorteile, wo viele Menschen zusammenkommen und gleichzeitig online sein wollen - zum Beispiel auf einem Open-Air-Konzert oder bei einem Fußballspiel im Stadion. Aber auch wer unterwegs Streaming-Dienste nutzt, wird von 5G profitieren, da diese Angebote enorme Datenmengen benötigen.

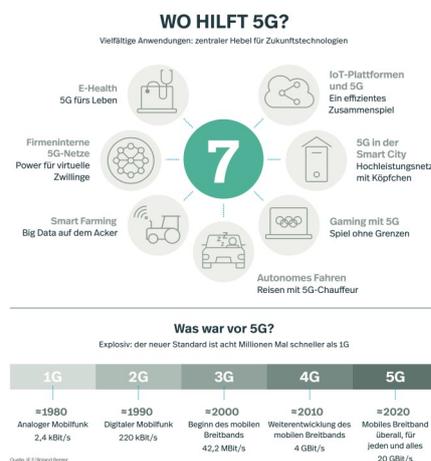
Gerade auch für die Wirtschaft bietet 5G enorme **Innovations- und Wertschöpfungspotenziale**. Durch vernetzte Produktionsprozesse in unserer dezentralen Wirtschaftsstruktur ergeben sich Möglichkeiten für eine Produktivitätssteigerung, höhere Ressourceneffizienz und geringere Emissionen. Telemedizin, automatisiertes und vernetztes Fahren und die Produktionsautomatisierung mittels Industrierobotern sind beispielsweise nur durch 5G möglich.

Gleichzeitig sind größere wie mittelständische Unternehmen – und damit auch ihre Kunden – täglich von

Cyberangriffen betroffen. Die Sicherheit des Netzes ist für uns von entscheidender Bedeutung. Denn es handelt sich um eine der wichtigsten Zukunftsentscheidungen für unsere digitale Souveränität und unsere nationale Sicherheit. Über notwendige weitere gesetzgeberische Schritte zum Schutz kritischer Infrastrukturen werden wir als Unionsfraktion weiter beraten.

Innovationstreiber 5G: Sprungbrett für die nächste Stufe der Digitalisierung

Robert Berger IEF



2016 gestarteten **5G-Initiative für Deutschland** einen Handlungsrahmen entwickelt, um den Netzausbau und die Entwicklung von 5G-Anwendungen frühzeitig zu unterstützen. Mit der vorliegenden 5G-Strategie der Bundesregierung werden nunmehr die Rahmenbedingungen und Aktionsfelder beschrieben, um den Rollout von 5G-Netzen in Deutschland bis 2025 zu realisieren. Unser Anspruch ist: Deutschland soll zum Leitmarkt für 5G-Anwendungen werden.

In **Dresden** steht die **"Wiege" dieser neuen Technologie**. Forscher der Technischen Universität Dresden waren maßgeblich an der Entwicklung des neuen Standards beteiligt. 2019 wurden die Frequenzen für 5G von der Bundesnetzagentur versteigert. Nun bauen die Telekommunikationsunternehmen schrittweise ihre Infrastruktur aus, um ihren Kunden 5G anbieten zu können. Dresden soll dabei als **Modellregion** zu den allerersten Städten gehören, in denen die neue Technik zur Verfügung steht.

BEGEGNUNGEN



Traditionell lade ich im Advent Fraktionskollegen sowie deren Mitarbeiter zu einem kleinen sächsischen **Weihnachtsmarkt auf dem Berliner Büroflur** ein. Mit Dresdner Christstollen und Dresdner Dominosteinen, Quendt's Bemmchen und natürlich mit Glühwein bedanke ich mich auf diese Art bei den Kollegen für die Zusammenarbeit. Viele Kollegen kamen kurz vorbei, um sich im Kerzenschein und beim Duft der Räucherkerzen mit sächsischen Spezialitäten auf das bevorstehende Weihnachtsfest einzustimmen.



Zu meinem Fraktionskollegen und Flurnachbarn **Peter Stein aus Rostock** ist es nun nicht mehr nur innerhalb des Bundestages ein Katzensprung. Mit dem Fahrplanwechsel verbindet die **neue Fernzuglinie** unsere beiden Heimatstädte nun deutlich schneller und doppelt so häufig. Alle zwei Stunden geht es mit der Bahn von Dresden nach Rostock. Ab dem Frühjahr 2020 werden dann auch die für die IC-Linie vorgesehenen modernen Triebwagenzüge einsatzbereit sein.



Unser **Fraktionsvorsitzender Ralph Brinkhaus** war zu Gast in der AG Wirtschaft und Energie. Der Blick ging in die Zukunft: Technologieoffenheit, Innovationen und freie Märkte stärken unsere Wirtschaft.



Was hat es eigentlich mit dem Pflaumentoffel auf sich? Ich und mein Team wissen nach einer lehrreichen Weihnachtsfeier mit Zacharias Zuckerkern alles über die Geschichte des Dresdner Striezelmarktes. In diesem Sinne wünscht das Team Lämmel:



Impressum: Andreas Lämmel - Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 22770200 / Wahlkreisbüro, An der Kreuzkirche 6, 01067 Dresden, Tel. 0351 8025943

Bestellung per E-Mail: newsletter@andreas-laemmel.de / www.andreas-laemmel.de / www.facebook.com/laemmelmdb